

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreundinnen,  
liebe Parteifreunde,

heute berichte ich Ihnen zum ersten Mal in diesem Jahr aus Berlin. In dieser Woche möchte ich Sie über die Klausurtagung des CDU-Bundesvorstands, den Antrag der Bundesregierung über die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) und über den Dioxin-Skandal informieren. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Ich wünsche Ihnen ein gutes, erfolgreiches und vor allem ein gesundes neues Jahr!

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Egon Jüttner

## HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. „Mainzer Erklärung“
2. Verlängerung ISAF-Mandat
3. Dioxin-Skandal
4. Relevantes für Mannheim und die Region



## **1. Die „Mainzer Erklärung“**

Zum Jahresauftakt hat der Bundesvorstand im Rahmen seiner Klausurtagung mit der „Mainzer Erklärung“ ein Zukunftskonzept für den Industriestandort Deutschland beschlossen. Es gilt, Deutschland als modernen Industriestandort auch künftig zu sichern. Mit einer Politik, die auf exzellente Bildung und Forschung setzt; mit einer Politik, die für solide Staatsfinanzen und eine moderne Infrastruktur steht sowie einer Politik, die eine klimafreundliche Energie- und zuverlässige Rohstoffversorgung sichert, wollen wir Deutschland als modernen Industriestandort ausbauen. Die Zeichen dafür stehen gut: Deutschland ist nicht zuletzt dank umfangreicher Maßnahmenpakete gut aus der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen. Mit einem Wirtschaftswachstum von 3,6% und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit auf unter drei Millionen stehen wir im europäischen Vergleich an der Spitze. Im Jahr 2011 wollen wir diese Position sichern und die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich die außerordentlich gute Entwicklung des vergangenen Jahres auch in Zukunft fortsetzt.

## **2. Verlängerung des ISAF-Mandats**

In dieser Woche hat der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine Regierungserklärung zum zivilen Wiederaufbau in Afghanistan abgegeben. Außerdem haben wir den Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz der NATO-geführten Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan in den Deutschen Bundestag eingebracht. Im Rahmen des ISAF-Einsatzes unterstützt die Bundeswehr weiter die afghanische Regierung bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit sowie den Aufbau funktionsfähiger afghanischer Sicherheitskräfte durch Ausbildung, Mentoring, Partnering und Ausrüstungsunterstützung. Die völkerrechtliche Grundlage ist ein entsprechender Beschluss des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Das jetzt zu beratende Mandat des Deutschen Bundestages soll bis zum 31. Januar 2012 gelten.

Unser Strategiewechsel von Anfang 2010 ist der richtige Weg. 2011 beginnen wir mit der Übergabe der Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände. Der Beginn dieses Prozesses ist jedoch nicht gleichzusetzen mit dem sofortigen Abzug der internationalen Sicherheitskräfte, er erlaubt allenfalls deren allmähliche Verringerung in bestimmten Bereichen. Die Abzugsperspektive für unsere Soldatinnen und Soldaten im Einsatz in Afghanistan und die Übergabe der Verantwortung an die Afghanen muss sich an konkreten Fortschritten vor Ort bemessen. Erst wenn die afghanischen Kräfte die Sicherheitslage tatsächlich beherrschen können, wird eine Reduzierung der internationalen Präsenz möglich. Der Weg zu einem stabilen und sicheren Afghanistan, von dessen Boden keine Gefahr für die Region und die Staatengemeinschaft mehr ausgeht, erfordert letztlich eine „politische Lösung“, also einen Prozess der Verständigung und des politischen Ausgleichs. Hier sind 2010 erste Schritte in Richtung einer politischen Konfliktbewältigung eingeleitet worden. Gleichzeitig bleibt es zwingend notwendig, dass die afghanische Regierung ihre Regierungsführung verbessert sowie Korruption mit Nachdruck bekämpft. Insgesamt wird sich das internationale Engagement in Afghanistan in den kommenden Jahren entscheidend verändern. Auf der „Bonn II“-Konferenz Ende 2011, deren Ausrichtung die Bundesregierung auf Wunsch der afghanischen Regierung zugesagt hat, werden wir dies mit den Afghanen und der internationalen Gemeinschaft beraten.

### **3. Dioxin-Skandal**

An diesem Mittwoch stellte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner im Deutschen Bundestag in ihrer Regierungserklärung zur Lebensmittelsicherheit fest: „Dioxin gehört nicht ins Futtermittel und schon gar nicht in die Lebensmittel. Die Beimischung verstößt gegen geltende Gesetze. Es wurde mit unverantwortlichem Vorsatz gehandelt“. Ohne den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft vorzugreifen, sprach sie von einem „hohen Maß an krimineller Energie“. Die Täter seien skrupellos und hätten gegen gesetzliche Bestimmungen und moralische Regeln verstoßen, sagte die Ministerin. Neben den Verbrauchern seien die Landwirte unverschuldet Opfer in diesem Skandal geworden. In einer breiten gesellschaftlichen Debatte solle über den Wert von Lebensmitteln und die Rolle der Landwirtschaft diskutiert werden. Vorsorgender Verbraucherschutz liege im Interesse von Bund und Ländern. „Der Verbraucher muss wissen, was er isst“, forderte Aigner. Die Ministerin kündigte eine Novelle des Verbraucherinformationsgesetzes an. Hersteller von Futterfetten müssten zukünftig eine Zulassung beantragen, die an strenge Auflagen geknüpft ist, erläuterte Aigner. Die zuständigen Überwachungsbehörden der Länder sollen regelmäßige und umfassende Inspektionen vor Ort durchführen. Durch neue Vorschriften werde festgelegt, dass Futterfette und Futterfettsäuren nicht in Anlagen hergestellt werden dürfen, die gleichzeitig Stoffe für die technische Industrie produzieren. Aigner will weiterhin private Labore verpflichten, Ergebnisse von Untersuchungen, die bedenkliche Mengen an unerwünschten Stoffen enthalten, an die zuständigen Behörden zu melden.

### **4. Relevantes für Mannheim und die Region**

#### **Hohe Bundesforschungsförderung für die Region**

Die Bundesforschungseinrichtungen in Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar werden vom Bund auch in den kommenden Jahren in erheblichem finanziellem Umfang gefördert. Dies teilte mir der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Thomas Rachel MdB, mit. So baut das Fraunhofer-Institut für Produktionstechnik und Automatisierung in Stuttgart gemeinsam mit der Hochschule Mannheim am Lehrkrankenhaus Mannheim der Medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg einen Schwerpunkt „Automatisierung im Operationssaal“ auf, wofür das Land Baden-Württemberg 2011 eine Anschubfinanzierung in Höhe von ca. 6 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Heidelberg ist als Partnerstandort in den Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung in den Bereichen Lungenforschung und Infektionsforschung sowie –zusammen mit Mannheim– in der Herzkreislaufforschung ausgewählt worden.

Ich hoffe, daß das Deutsche Krebsforschungszentrum Heidelberg (DKFZ) auch den Zuschlag für den Aufbau des „Deutschen Konsortiums für Translationale Krebsforschung“ erhält. Mit dem Konsortium soll die translationale Krebsforschung langfristig unterstützt und gestärkt werden. Über die Vergabe wird von einem international besetzten Gutachtergremium im Frühjahr dieses Jahres abschließend beraten. Für den Ausbau des Konsortiums ab 2015 ist eine jährliche Förderung in Höhe von rund 27 Millionen Euro durch den Bund und das Land vorgesehen. Mannheim und die Region sind ein bedeutender Forschungsschwerpunkt in Deutschland und genießen international einen exzellenten Ruf. Jährlich werden Förderprojekte in Millionenhöhe an Forschungseinrichtungen in der Region vergeben.

Dies ist sowohl der exzellenten Qualität der Ausbildung an den Universitäten Mannheim und Heidelberg als auch ihrer zukunftsweisenden Zusammenarbeit zu verdanken, die Vorbildcharakter hat. Die Region wird als Forschungsstätte und Arbeitsplatz immer attraktiver, worauf die Bürgerinnen und Bürger zu Recht stolz sein können.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: [egon.juettner@bundestag.de](mailto:egon.juettner@bundestag.de)  
Internet: [www.egon-juettner.de](http://www.egon-juettner.de)